

**Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 07. Februar 2013**

Antrags-Nr. 13-F-33-0005

**Wohnungen für alle**

**- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 28.01.2013 -**

In Wiesbaden fehlen derzeit rund 4.500 Wohnungen, darunter 2.000 Sozialwohnungen. Und die Nachfrage nach Wohnraum wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen: Kurzfristig werden durch die Verlagerung des US-Hauptquartiers weitere 4.000 US-Soldaten und ihre Familien den Druck auf den Wohnungsmarkt verstärken. Langfristig wird trotz des demographischen Wandels die Bevölkerung Wiesbadens wachsen. Bereits heute haben junge Familien Schwierigkeiten sich auf dem Wohnungsmarkt zu behaupten. Und auch ein mittleres Einkommen ist in Wiesbaden keine Garantie, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat daher mit Beschlusses Nr. 0075 am 09. Februar 2012 das Ziel definiert, preiswerten Wohnraum zu schaffen und das Mietpreisniveau in Wiesbaden zu stabilisieren. Diesen Grundsatzbeschluss gilt es nun in konkretes Handeln umzusetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- (1) über die konkreten Auswirkungen des Beschlusses auf die Planungen für neue Entwicklungsgebiete (u.a. Hainweg, Bierstadt-Nord, Lindequartier und Eichen) zu berichten,
- (2) sicherzustellen, dass in neuen Entwicklungsgebieten mindestens 15% aller Wohneinheiten im geförderten Wohnungsbau errichtet werden.

---

**Beschluss Nr. 0054**

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 28.01.2013 betr.

Wohnungen für alle

wird angenommen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2013

Nickel  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .02.2013

1. Dezernat VI i.V.m. Dezernat IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:  
Dezernat IV  
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller  
Oberbürgermeister